

Redebeitrag

Plenum, 21.11.2016

Dok. 135- Regierungsmitteilung Strategie zur Vorbeugung von gewaltsamem Radikalismus in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens

-Michael Balter-

-Es gilt das gesprochene Wort-

Meine Damen und Herren,
Radikalisierung –

Die Regierungsmitteilung zu dieser Thematik, ist ein in Teilen ein relativ breites Dokument.

Aber – was die Prävention und die Hintergründe der Radikalisierung angehen – da geht man nicht in die Tiefe. Und man lässt einen Großteil, eigentlich die Hauptursachen der Radikalisierung gänzlich aus.

Meine Damen und Herren,

Radikalisierung, und dies zeigt uns die Geschichte sehr deutlich, hängt überwiegend mit unzufriedenen Lebensumständen zusammen.

Armut, Elend und Hunger und Perspektivlosigkeit sind der Nährboden.

Nicht immer, aber meistens.

Junge Männer welche sich in den Fängen von radikalen Gruppen, insbesondere der IS, befinden, sehen keine Alternative.

Wenn diese Männer, über eine gute Ausbildung, über einen erfüllenden Arbeitsplatz verfügen würden und eine Perspektive für die Gründung einer Familie und dies in ihrer Heimat sehen würden, dann wären sie nicht so leicht zu beeinflussen. Aber welche Perspektive sehen junge Menschen wenn ihre Heimat zerbombt wird? Und das auch von Europäern!

Im Grunde strebt jeder Mensch nach Frieden und Glück, im Grunde –

Äußere Umstände verleiten viele dazu sich dem entgegenzusetzen und sich zu radikalisieren, ob dies politisch rechtsextrem- oder linksextrem ist oder religiös und fundamentalistisch.

Und hier sollte man dort ansetzen, wo es einem möglich ist.
Was auch bedeutet, dass ein Integrationsparcours und auch Elemente in diesem Strategieplan durchaus sinnvoll sind.

Natürlich, hätten viele dieser Maßnahmen längst Pflicht sein müssen, genauso wie das Erlernen mindestens einer Landessprache für Neuankömmlinge und nicht nur das Kennen unserer Gesetze, und dies ist ganz wichtig: das Annehmen unserer Verfassung.

Man muss nicht mit allen Gesetzen welche in den Parlamenten verabschiedet werden einverstanden sein, das sind wir auch nicht und das ist Demokratie.
Aber die Basis unseres gemeinschaftlichen Zusammenlebens, die Basis des Humanismus, die Basis der Gleichstellung von Mann und Frau muss jeder Neuankömmling akzeptieren sonst darf er in unseren Augen nicht in unserem Land verbleiben.
Dies wäre ja auch widersprüchlich – sich in einem Land aufzuhalten dessen Werte man nicht annimmt.

Und deshalb sollte es ebenfalls verpflichtend z.B. im Integrationsparcours sein, dass das Vermitteln von Werten klar und deutlich im Vordergrund steht, wobei wir nicht naiv sein sollten.

Gerade die Zuwanderung der letzten Jahre, überwiegend aus muslimischen Ländern, stellt unsere Gesellschaft auf die Probe.

Denn viele Neuankömmlinge haben ihre Riten und legen diese nicht einfach ab, auch wenn diese gegen unser Wertebild z.B. von der Gleichstellung von Mann und Frau, sind.

Das Zusammenleben verschiedener Kulturen nebeneinander kann jedoch reibungslos verlaufen, Australien und Kanada zeigen dies deutlich, nur herrscht in diesen Ländern eine andere Einwanderungspolitik.

Für Interessierte empfehle ich, sich näher mit der Einwanderungspolitik dieser Länder auseinanderzusetzen, radikale Tendenzen haben dort weniger Nährboden als hierzulande.

Meine Damen und Herren,
ich möchte zwei wesentliche Aspekte der Radikalisierung, insbesondere der Radikalisierung der IS aufgreifen.

Erstens die aggressive Kriegspolitik der USA und der NATO im Nahen Osten, teilweise mit Unterstützung Belgiens. Ja auch belgische F16 Kampfflieger haben Bomben geworfen.

Und zweitens die Verarmung und Ausbeutung der dritten Welt insbesondere durch Europäische Freihandelsverträge die sogenannten EPA's.

Und hier sind wir mitten im PDG, denn das PDG hat all diesen Abkommen immer zugestimmt!

Wenn man sich tiefer mit dieser Thematik beschäftigt, dann erkennt man, dass die Radikalisierungsprozesse weltweit seit dem, von damaligen Präsidenten Georg W. Bush, ausgerufenem Kampf gegen den Terror extrem zugenommen haben.

Sie erinnern sich, nach dem 11. September 2001 haben die US-Streikräfte weltweit verstärkt im arabischen Raum interveniert, mit dem Ergebnis, dass Millionen Unschuldige getötet wurden - im Irak, in Afghanistan, in Libyen – und verbrannte Erde hinterlassen wurde. In diesen Ländern herrscht jetzt Chaos, und Anarchie – und dies ist der Hauptgrund für die Radikalisierungstendenzen der IS weltweit, in Europa und auch in Belgien.

Und auf diese Problematik geht man in dem 33 seitigen Dokument in keiner Silbe ein, man reagiert erst, bzw. will reagieren, wenn das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist.

Die links gerichtete TAZ schrieb vor einem Jahr:

Vierzehn Jahre nach dem 11-09 steht die Prävention gegen islamistische Radikalisierung in Deutschland noch am Anfang. Eine Gesamtstrategie gibt es nicht, stattdessen einen Flickenteppich an Angeboten, weitgehend unkoordiniert, oft schlecht finanziert und überfordert.

Und in Belgien ist dies ähnlich.

Meine Damen und Herren,

aus diesem Grund ist es vielleicht gar nicht so schlecht, dass die DG eine Gesamtstrategie plant, nur sollte diese auch das richtige Ziel verfolgen und die Ursachen ansprechen und angehen.

Nun, zuerst einmal sollten Sie ihr Abstimmungsverhalten zu den verschiedenen EU Abkommen ändern.

Hier so zu tun, als hätten sie ein Gesamtstrategie-Papier gegen Radikalisierung und dann Abkommen zuzustimmen welche den Hunger die Ausgrenzung und damit das Futter der Radikalisierung fördern, ist -gelinde gesagt- schizophran.

Ein ehemaliges SP Mitglied, schrieb jüngst hierzu in einem Leserbrief:

„EPA, das „Economic Partnership Agreement“ zwischen der EU und Afrika, hat zwar einen Buchstaben weniger als CETA, ist dafür aber gelinde gesagt ein Paradebeispiel bewusster neoimperialer zerstörerischer Wirtschaftspolitik.“

Weiter heißt es:

„Wir subventionieren unsere Landwirtschaft mit über 60 Milliarden Euro. Bei solchen Summen muss man sich nicht mehr fragen, wieso wir den afrikanischen Kontinent zuschmeißen können mit unseren Überschüssen. Die dortigen Anbauer können da nicht mithalten.“

Er endet seinen Brief wie folgt:

„Auf dass die Völkerwanderung beginne und wir nicht wieder fragen wieso!“

Dass diese ausgehungerten Menschen auch den Rattenfängern der radikal islamistischen Gruppen in die Arme laufen, ist traurig aber es ist die Realität.

Also der erste Schritt wäre – hören Sie auf die ausbeuterische EU Außenpolitik zu unterstützen – das können Sie hier im Hause, sie haben es in der Hand – Die Verträge müssen bekanntlich auch durch unser Parlament.

Dann meine Damen und Herren,

die aufgegriffenen Definitionen im Text zum Radikalismus sind zwar oberflächlich betrachtet stimmig, aber ein weiteres Übel, welches unerwähnt bleibt war und ist die aggressive Außenpolitik der USA und der NATO in den letzten Jahrzehnten.

Ich hatte Ihnen vor einem Jahr das Buch von Michael Lüders empfohlen >> Wer den Wind sät<<, anscheinend ist dieses Wissen nicht bis zur Mehrheit vorgedrungen, denn in der Art und Weise wie man die US Wahl kommentiert hat, erkennt man doch eine Form der Naivität, des Verschweigens und Ignorierens.

Ja, Hillary Clinton hat als Außenministerin den noch amtierenden Präsidenten Obama überredet in Libyen militärisch zu intervenieren.

Die Neue Züricher Zeitung schrieb dazu im Juli dieses Jahres:

Zitat:

„Die amerikanische Regierung, (...), hat in Libyen ihr eigenes Debakel erlitten. Obama gibt dies inzwischen freimütig zu und bezeichnet die Libyen-Politik als seinen größten Fehler.“

Und die Folgen sind Leid, Elend, Tausende Tote und Anarchie in einem Land, welches 1700 km Küste zum Mittelmeer hat.

Die Wochenzeitung „Die Zeit“ schrieb vor kurzem:

Zitat:

„Libyen konnte zum Startpunkt für die Überfahrt nach Europa werden, weil die Strukturen des Staates nach dem Sturz von Machthaber Muammar al-Gaddafi 2011 komplett zerstört wurden.“

Weiter heißt es: Viele Flüchtlinge die in Libyen ankamen, wollten gar nicht weiter nach Norden. In dem ölreichen Land gab es Jobs für legale wie illegale Gastarbeiter. Letztere genossen zwar keinerlei rechtliche Sicherheit, doch der Alltag in Libyen schien sicherer als die risikoreiche Überfahrt nach Europa.

Aber heute herrscht aufgrund der Interventionen der NATO und der USA, in Libyen Chaos. Und tausende Menschen verlieren ihr Leben im Mittelmeer.

Das ist die Realität.

Die Menschen kommen aus den südlichen afrikanischen Ländern, weil die EU durch Freihandelsverträge ihre Wirtschaft zerstört, und sehen kein Ausweg mehr als übers Mittelmeer.

Zu Erinnerung Clinton hatte Obama zu dieser Intervention überredet.

Und im Wahlkampf war die Rhetorik ihrer Reden und ihrer Parteikollegen der Demokraten äußerst aggressiv und kriegerisch nicht nur was die Fortsetzung im Syrienkonflikt angeht sondern auch was Russland angeht.

Sicherlich ist Trump nicht die beste Wahl gewesen, und ich distanziere mich von verschiedenen Äußerungen im Wahlkampf aber als Europäer sollte es für uns doch zu aller erst darum gehen, dass Frieden herrscht und Frieden mit Russland bestehen bleibt.

Vor 14 Tagen hat an diesem Rednerpult Willy Wimmer, ehemaliger Staatssekretär unter Kohl und langjähriger Verteidigungspolitischer Sprecher der CDU, gestanden und vor einer weiteren Eskalation mit Russland durch die NATO gewarnt hat.

Zitat „Aus der Verteidigungsallianz wurde eine global agierende Aggressionsmaschine.“

Auch dies sind Gründe für die Radikalisierung – und dies wird seitens der Mehrheit verschwiegen.

Am Tage nach der Wahl kommentierte Herr Wimmer das Ergebnis wie folgt:

Zitat: „(...) diese Wahlentscheidung bewahrt uns vor dem großen Krieg. Ich gehe davon aus, dass der neue amerikanische Präsident, anders als seine Gegenkandidatin, für eine vernünftige, praktikable, vertrauensvolle Zusammenarbeit mit anderen Staaten auf dieser Welt bereit ist — und das gibt Hoffnung.“

Zusammenfassend kann man sagen: Trump ist das kleinere Übel.

Und sowieso es ist dies die Entscheidung des amerikanischen Wählers und dies haben wir zu akzeptieren.

Und bei all den unredlichen, oberflächlichen und ignoranten Bemerkungen im Vorfeld zu dieser Wahl und nach dieser Wahl durch Mehrheits- und Regierungsmitglieder frage ich Sie: Wer hat die Angriffe denn in Irak, Libyen, Afghanistan und Syrien denn befehligt? Wer hat denn der EU Druck gemacht ein Handelsembargo mit Russland zu machen?

Ja, es war die USA und die NATO unter dem Befehl der US Amerikaner und Clinton war als Außenministerin an vielem direkt beteiligt.

Am 20 Oktober, drei Wochen vor der US Wahl, gab es hierzu einen interessanten Beitrag in der ARD Sendung Monitor:

Sie sollte sich diese acht Minuten anschauen.

Zusammenfassend heißt es darin:

Angesichts der Auftritte ihres Widersachers Trump spricht aber kaum jemand darüber, was es für die Weltpolitik bedeuten würde, wenn Clinton die Wahl gewinnt, zum Beispiel für die großen Konflikte in Syrien, im Irak, in Libyen oder der Ukraine. Clinton fordert seit Monaten

eine härtere Gangart der USA, plädiert für Aufrüstung, militärische Interventionen und Abschreckung.

Ist es das was sie wollen?

Noch mehr Krieg und noch mehr Zerstörung? Was zu noch mehr Radikalisierung führt!

Meine Damen und Herren,

Dr. Michael Kiefer, Islamwissenschaftler der Universität Osnabrück meinte in einem Interview mit dem Deutschlandfunk aus dem Jahre 2014 zum Thema Radikalisierung:

"Ich denke, der schwerste Fehler war der Irakkrieg. Aber auch in Afghanistan ist vieles falsch gemacht worden. Und man kann dann beobachten, dass jeweils nach einer Intervention Al Kaida und die dschihadistische Bewegung insgesamt neue Rekrutierungspools erschlossen haben."

Meine Damen und Herren, was kann man konkret in der DG tun?

Auf einiges sind mein Kollegen und ich bereits im vergangenen Jahr eingegangen und ich empfehle Ihnen, lesen Sie unsere diesbezüglichen Stellungnahmen vom August und September des vergangenen Jahres.

Dann müssen Sie zwingend ihr Abstimmungsverhalten zu den internationalen Verträgen ändern:

Anstatt im Schnellverfahren ohne Beratungen in den Ausschüssen, so wie dies hier immer geschieht, sollte man alle Verträge auf die Auswirkungen für die betroffenen Länder prüfen und dann entsprechend ablehnen.

Die SP kann ja dazu nochmals den Herrn von Misereor befragen, den sie mal eingeladen hatten, kurz nachdem sie solch einem Vertrag zugestimmt hatten, oder auch ihr ehemaliges Mitglied, welches gerne sachliche Leserbriefe schreibt.

Und dann, sollte das Wissen um die Hintergründe der aggressiven Nahost Politik der NATO und der USA in den Schulen und in der Öffentlichkeit sachlich erklärt werden.

Auf der DG live Seite findet man unter dem Stichwort Radikalisierung:
Dass die Regierung eine Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung unterzeichnet hat mit dem Ziel: Mehr politische Bildung in den Schulen.
Auf Seite 14 im Dokument geht man hierauf auch ein.

Das ist, wenn die richtige Haltung und die richtige Inhalte übermittelt werden, schon mal ein richtiger Ansatz.

Meine Damen und Herren
in Belgien wurde viel Zeit in den letzten Jahren vertan, mit Nichtstun und Ignorieren dieser Problematik und Parallelkulturen haben sich entwickelt welche auch den Nährboden für Radikalisierung bilden.

Und dies muss aufhören!

Als Schlusssatz möchte ich nochmal an die weisen Worte von Schopenhauer erinnern:
„Wir sind nicht nur für das verantwortlich, was wir tun, sondern auch für das, was wir widerspruchslos hinnehmen.“

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.